

Presseartikel

Modellkommune: Fürstentfeldbruck
Erscheinungsdatum: 06.11.2007
Zeitung: Süddeutsche Zeitung

Parkplätze in Hauptstraße sollen bleiben

Grünen-Antrag auf Abschaffung abgelehnt – CSU-Chef will auch keine Fußgängerzone

VON SUSANNA REICHLMAIER

Fürstentfeldbruck – Die Grünen machen sich für ein generelles Parkverbot in der Hauptstraße stark. Lediglich die drei Stellplätze für Behinderte sollten erhalten bleiben. Stattdessen könnte beidseitig ein Fahrradstreifen angelegt und der Fußgängerbereich verbreitert werden. Dort wären dann auch Anlieferungen zeitlich begrenzt von 6 bis 8 Uhr möglich. Der Vorstoß der

Grünen wurde jedoch von den Mitgliedern des Bau- und Verkehrsausschusses mehrheitlich abgelehnt.

Thomas Lutzeier (GUL) rechnete vor, dass die 30 Parkplätze täglich rund 30 Mal angefahren werden. Bei einem Wegfall würde die Hauptstraße um zirka 1500 Fahrzeuge entlastet werden. Zugleich würde der häufig erfolgreiche Park-Such-Verkehr wegfallen. Die Verwaltung stellte jedoch klar, dass dort

lediglich 14 Stellplätze ausgewiesen seien.

Das Amt sah sowieso keinen Handlungsbedarf. Denn im Rahmen der Planungen zur Umgestaltung der Hauptstraße sei mit den Anliegern und Gewerbetreibenden endlich mühsam ein Kompromiss gefunden worden. Axel Lämmle (SPD) erklärte, dass er sich an keinen Stadtratsbeschluss für die Parkplätze an der Hauptstraße erinnern könne. Er behauptete, dass

OB Sepp Kellerer (CSU) deren Anlage einfach angeordnet habe. Lämmle plädierte für ein Halteverbot mit „Drei-Minuten-Regelung“. Verkehrsreferent Erich Raff (CSU) hatte gegen diesen Vorschlag jedoch moralische Bedenken.

Stadtbaumeister Martin Kornacher betonte, dass das Ausbaukonzept samt Parkmöglichkeit auf dem Mehrzweckstreifen damals so beschlossen worden sei. Dieser

Streifen könne bei Bedarf auch anders genutzt werden, was einige Wirte auch tun und dort Tische hinstellen. Sitzungsleiter Franz Neuhiel (FW) erinnerte daran, dass Parkplätze in der Innenstadt ohnehin kurzzeitig knapp werden, sobald die Bauarbeiten auf dem Uhl-Grundstück und dem Viehmarktplatz beginnen.

In diesem Zusammenhang ergänzte Stadtbaumeister Martin Kornacher, dass zu-

nächst abgewartet werden sollte, bis sowohl die Tiefgarage am Viehmarktplatz als auch der geplante neue Fußweg zur Hauptstraße fertig seien. Michael Piscitelli (CSU) lehnte den Antrag grundsätzlich ab. Es werde keine Fußgängerzone kommen. Die Parkplätze seien für das Überleben der Gewerbetreibenden notwendig. „Es wird keiner mit dem Bus kommen, um sich ein Hendl zu holen“, meinte er.

Beim Roten Kreuz Babysitter mit Diplom werden

Fürstentfeldbruck – „Werde Babysitter beim BRK!“ Mit diesem Aufruf sucht das Bayerische Rote Kreuz (BRK) junge Frauen (Mindestalter 18 Jahre) für den neuen Babysitter-Kurs. Hier lernen die Teilnehmerinnen, wie man Babys und Kinder gut betreut und im Notfall versorgt. Der Kurs umfasst 16 Unterrichtsstunden und schließt mit dem Babysitter-Diplom ab. Anschließend werden die Babysitter in eine Kartei beim BRK aufgenommen und vermittelt. Die Vermittlung erfolgt regelmäßig und nur an registrierte Auftraggeber, eine Versicherung ist eingeschlossen. Der Verdienst liegt bei sieben Euro pro Stunde. Der Kurs vermittelt theoretische und praktische Kenntnisse, die vom Spielen mit Kindern über Pflege bis hin zu Erster Hilfe reichen. Aber auch Probleme im Alltag, oder Rechtsfragen werden angesprochen. Der nächste Kurs findet am 1. und 2. Dezember, von 8.30 Uhr bis 17 Uhr statt. Anmeldung unter Telefon (0 81 41) 40 04 13. Der Kurs kostet 40 Euro.

„Brachflächen sind ein Verbrechen gegen die Stadt“

Innenstaatssekretär Heike lobt Modellprojekt für Quartier östlich des Marktplatzes und stellt Verlängerung in Aussicht

Fürstentfeldbruck – Mit vielen lobenden Worten hat Innenstaatssekretär Jürgen W. Heike gestern das Modellprojekt „Leben findet Innenstadt“ bedacht. Der Bitte von OB Sepp Kellerer, das geplante Ende des Modellvorhabens im Dezember noch um ein Viertel oder halbes Jahr hinauszuzögern, stand der CSU-Politiker daher wohlwollend gegenüber. Eine Entscheidung darüber könne jedoch erst im ersten Quartal 2008 getroffen werden, sagte Heike.

Dass in dem Quartier zwischen Dachauer Straße, Amper, Hauptstraße und Stadtpark künftig ein zentraler Platz mit Wohnungen, Schulen, Bildungseinrichtungen und Fußwegen entstehen soll, ließ bei Heike „alle positiven Glocken läuten“, wie er selbst sagte. „Brachflächen in der Stadt sind ein Verbrechen gegen die Stadt“, betonte er mit Blick auf die Hinterhöfe östlich des Marktplatzes. Er begrüßte daher vor allem, dass dort ein Mehrgenerationenhaus und seniorengerechte Wohnungen entstehen sollen: „Wir wollen keine Alten-



Freuten sich über den Erfolg des Modellprojekts (v.l.): Stadtbaumeister Martin Kornacher, OB Sepp Kellerer, Innenstaatssekretär Jürgen W. Heike, Planerin Manuela Skorka, Staatsminister Thomas Goppel und Planerin Martina Schneider.

FOTO: WEBER

Ghettos am Rande der Stadt.“

Heike zollte Bruck ausdrücklich seine Hochachtung. „Die Kommune hat nicht nur auf das gewartet, was andere sagen, sondern ist darüber hinausgegangen“,

sagte er. Es sei hochinteressant, was im Rahmen dieses Projekts in einer mittelgroßen Stadt geplant werde.

OB Sepp Kellerer betonte, es sei eine große Chance für Bruck gewesen. Er erinnerte

daran, dass ein Bebauungsplan der Stadt für dieses Areal im Jahr 1978 die Entwicklung dort eher blockiert habe. Wie Stadtbaumeister Martin Kornacher betonte, war es daher umso wichtiger, die Zeit zu

haben, um mit allen Betroffenen zu sprechen und zu zeigen, was möglich ist. Auch die Stadt sei in diesem Zusammenhang mit ihren Grundstücken als ganz normaler Nachbar behandelt worden, wie Martina Schneider vom Planungsbüro erzählte. Sie verwies vor allem darauf, dass künftig mehr Freiräume und Fußwege das Areal erschließen werden. Sogar vom Al Ponte aus könnte ein Weg an der Amper weiterführen. Denn laut ihrer Partnerin Manuela Skorka, gebe es Überlegungen bei der Pfarrgemeinde, hier Grund abzutreten und das Pfarrheim doch etwas kleiner zu bauen. Dies könnte dadurch möglich sein, wenn in dem Quartier mittels einer Raumbörse größere Räume in den Schulen oder im Mehrgenerationenhaus angemietet werden könnten.

Skorka verdeutlichte an diesem Beispiel auch, wie sich die Planungen der einzelnen Grundstücksbesitzer aufeinander zu bewegen würden. Allein dies sei ein großer Erfolg dieses Modellprojekts.

ALEXANDER SCHWEDA